



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

4

April 2016 / 50. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

POLIZEI

Mehr Respekt **bitte!**

Bessere Ausstattung **jetzt!**

Seite 5 <

Bürgerdialoge der
Europa-Union Deutsch-
land: Europas Grenzen –
Wir müssen reden!

Seite 20 <

Fachteil:

- Hinweisgebersysteme –
effektiv und vertraulich gegen
„Weiße-Kragen-Kriminalität“
- Demonstrationsbeobachter –
eine neue Erscheinungsform
im Versammlungsgeschehen
und ihre Einordnung





Pressemitteilung

Nr. 3/2016

25. Februar 2016

Forderungspapier der CDU Saar zur Stärkung der Sicherheitsbehörden – DPoIG begrüßt explizit die Vorschläge und fordert weiter auch mehr Anwärterstellen.

Wir freuen uns über den Vorstoß der CDU Saar, im Zusammenhang mit der weiterhin latent bestehenden Bedrohungslage durch Terrorismus, sich auch über die Änderung von Normen und Befugnissen für die Sicherheitsbehörden stark zu machen.

Gerade die Anforderungen für präventive Datenerfassungen sind im saarländischen Polizei-

gesetz aktuell zu hoch. Die Forderung, neben Verbrechen auch Straftaten von erheblicher Bedeutung neu einzufügen, halten wir für sinnvoll und überfällig.

Durch die Flüchtlingsströme nach Europa und speziell nach Deutschland kann man von einer steigenden Zahl von sogenannten „Gefährdern“ in der islamistischen Szene auch in

ein sehr flexibles Handeln in diesem Zusammenhang möglich.

Die modernen Telekommunikationswege machen es potenziellen Straftätern immer leichter, sich zu vernetzen und Straftaten vorzubereiten. Die Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) von „Gefährdern“ auch bereits im Vorfeld zu schweren Straftaten (staatsgefährdeten Gewalttaten) sowie die Schaffung eines „Anti-Terror-Trojaners“ stellen aus unserer Sicht eine adäquate Reaktion des Rechtsstaats auf diese Bedrohungslage dar.

■ Der Landesvorsitzende Sascha Alles hierzu

„Wir fordern darüber hinaus auch, dass die Betreiber von sozialen Netzwerken noch mehr zur Prävention, aber auch zum

können sowie kriminelle Machenschaften aufzudecken und konsequent zu verfolgen.

Die automatisierte Kennzeichenerfassung, wie es sie bereits im saarländischen Polizeigesetz gab, halten wir für sinnvoll, sofern die technisch notwendigen Mittel zur Umsetzung zur Verfügung stehen!

Wir sehen das Saarland im Herzen Europas nicht als Insel der Glückseligen. Gewalt und Terror machen auch vor Landesgrenzen keinen Halt. Daher sollten die Bundesländer allesamt eine Annäherung ihrer Polizeigesetze wagen. Standards beziehungsweise Einsatzmittel, die zum Beispiel bei der Polizei in Hessen möglich sind, sind bei uns noch Zukunftsmusik (zum Beispiel Bodycam). Aus unserer Sicht muss nicht alles neu erfunden werden, sondern ein besserer Austausch der Länder in Sicherheitsfragen stattfinden. Hierzu setzen wir auf den Fakt, dass das Saarland mit Innenminister Klaus Bouillon in diesem Jahr den Vorsitz der Innenministerkonferenz innehat.“

Zu bedenken geben wir aber, dass jegliche Verbesserung der polizeilichen Zugriffsmöglichkeiten in den vorgenannten Bereichen auch von ausreichend Personal durchgeführt werden muss. Hier muss nach unserer Ansicht ebenso das notwendige Personal, das sich gerade auch für die Terrorbekämpfung spezialisiert, dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Daher muss die Zahl der Neueinstellungen weiter erhöht werden. Das durch verstärkten Ruhestand und Personalabbau (300 Stellen) rapide wegbrechende „Know-how“ kann nicht von heute auf morgen kompensiert werden.

Sicherheit bleibt eine langfristige Aufgabe. ■



Deutschland ausgehen, die es verstärkt zu überwachen gilt. Hierbei kommt der verdeckten Observation eine immer wichtigere Rolle zu. Die Forderung der CDU nach einer Ausweitung der verdeckten Observationszeit auf bis zu sechs Monate (ohne richterliche Anordnung) erleichtert die Arbeit der Polizei deutlich und macht

Unterbinden von kriminellen Machenschaften verpflichtet werden. Diese Plattformen dienen mittlerweile als Nährboden für eine Vielzahl von Hetz- und Hasstiraden.

Auch hier muss die Polizei einen besseren Zugriff bekommen, um über Nutzerdaten bereits frühzeitig reagieren zu

Impressum:

Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553
Internet: www.dpolg-saar.de
E-Mail: info@dpolg-saar.de
ISSN 0937-4876



Beförderungstermin 1. April 2016

Nicht alle kommen ins Ziel!

Im April 2016 – Nach einer Vorlage des Ministeriums für Inneres und Sport sind für den aktuellen Beförderungstermin **113 Beförderungen** vorgesehen.

Beförderungen nach	April	Kriterien
A 9 g. D. (Ü)	1	BU WS 3, VorBU WS 3 RDA 10/2010
A 10 (Ü)	37	BU WS 2, VorBU WS 3, RDA 10/2006 BU WS 2, VorBU WS 3, RDA 10/2009, LA
A 10 (FHSV)	38	BU WS 2, LG 2, Laufbahnprüfung 01/2008 BU WS 2, VorBU WS 3, LG 3, RDA 04/2008 BU WS 2, VorBU WS 3, LG 3, Fu A 12 RDA 03/2009
A 11 (FHSV)	23	BU WS 2, VorBU WS 3, Fu A 12, RDA 04/2010 BU WS 2, VorBU WS 3, keine Funktion, RDA 10/2004
A 12	7	BU WS 2, VorBU WS 3, Fu A 12, RDA 10/2008 BU WS 2, VorBU WS 3, Fu A 12, RDA 04/2009, LA
A 13 (g. D.)	5	BU WS 2, VorBU WS 2, Fu A 13, RDA 04/2011 BU WS 2, VorBU WS 3, Fu A 13, RDA 10/2007
A 14 (h. D.)	2	BU WS 2, Fu A 14, RDA 10/2011 BU WS 3, Fu A 15, RDA 10/2010

Insgesamt sind **500 896 Euro** in 2016 bereitgestellt. Aktuell werden nun circa **318 100 Euro (~70 Prozent)** nach Abzug von Überhängen von 45 602 Euro aus 2015 verausgabt.

Unserer Forderung nach deutlicher Erhöhung der Beförderungen vor allem von Kollegen/-innen von **A 9 nach A 10** prüfungsfrei wird mit der aktuellen Konzeption Rechnung getragen. Bereits jetzt werden hier mehr Beförderungen ausgesprochen als im gesamten (!) letzten Jahr. Daneben werden aber auch nicht die notwendigen Beförderungen von Fach-

hochschulabsolventen aus den Augen verloren. Hier wird deutlich, dass durch die Änderungen im Beamtenstatusgesetz (Wegfall z. A.) die einzelnen Gruppen sehr groß werden und es schwierig wird zu differenzieren. Leider bleiben nach dem Termin noch 79 „2er“ bei den übergeleiteten Kollegen und 37 bei den Fachhochschulabsolventen übrig.

Im Bereich **A 10 nach A 11** werden nach der aktuellen Konzeption noch 23 Beamte/-innen befördert. Hier werden noch 63 Kollegen/-innen übrig bleiben. Beförderungen nach A 11 (prü-

fungsfrei) wird es keine geben, was großes Unverständnis bei den Kollegen hervorruft. Hier handelt man leider **konsequent inkonsequent!**

Unterm Strich kann man sagen, dass sich im Bereich nach A 10 deutlich etwas in die richtige Richtung bewegt. Ob es an den anstehenden Wahlen oder an unseren Forderungen liegt ..., können wir an dieser Stelle nur raten. Wichtig ist aber, dass auch im Oktober hier weiter befördert wird, um die „Reste“ in einem erträglichen Maße zu halten. Im Bereich nach A 11 gibt es noch einige Baustellen, die es

zu schließen gilt. Hier wird wohl erhöhter Frust bei den Kollegen vorherrschen. Denn Rangdienstzeiten von über elf Jahren oder auch absehbare „Dreifach Zweier“ fördern eher nicht die Begeisterung! Das sollte der Entscheidungsebene bewusst sein. Die kommende Beurteilungsrunde wird daher sehr spannend und sicher sehr schwierig. **Man sollte aus den Fehlern dieser Runde lernen und keine Hoffnung wecken, die nicht haltbar ist.**

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die befördert werden! Eure DPoIG ■



Wir fordern linear 6 Prozent!

In einer gemeinsamen Sitzung von Bundestarifkommission, Bundesvorstand und Grundsatzkommission für Besoldung und Versorgung hat der dbb beamtenbund und tarifunion am 18. Februar 2016 in Berlin seine Forderungen für die Einkommensrunde 2016 mit Bund und Kommunen beschlossen.



Der dbb fordert:

- > Lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent
- > Nachwuchsförderung konkret gestalten:
- > Erhöhung der Auszubildenden- und Praktikantenentgelte um 100 Euro monatlich
- > Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden
- > Vollständige Übernahme von Reisekosten zu einer auswärtigen Berufsschule oder zu überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen
- > 30 Tage Urlaub für Auszubildende
- > Laufzeit: 12 Monate
- > Zügige Einführung einer neuen Entgeltordnung im kommunalen Bereich
- > Tariflicher Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- > Verlängerung der Alterszeitregelungen
- > Gesundheitsschutz für Flughafenfeuerwehr
- > Wirkungsgleiche (!) Übernahme für Beamte sowie Versorgungsempfänger

> Ein Beispiel aus der Praxis unserer Kollegen aus Rheinland-Pfalz

„Ihr könnt mir gar nichts“: Können wir doch!

Eine Streife der PI Wörth traf auf eine Gruppe Heranwachsender.

Aus der Gruppe heraus wurden die Kollegen vom Täter gezielt mit „AKAB“ (A.C.A.B.) angerufen. Bei der anschließenden Personenkontrolle meinte der amts-

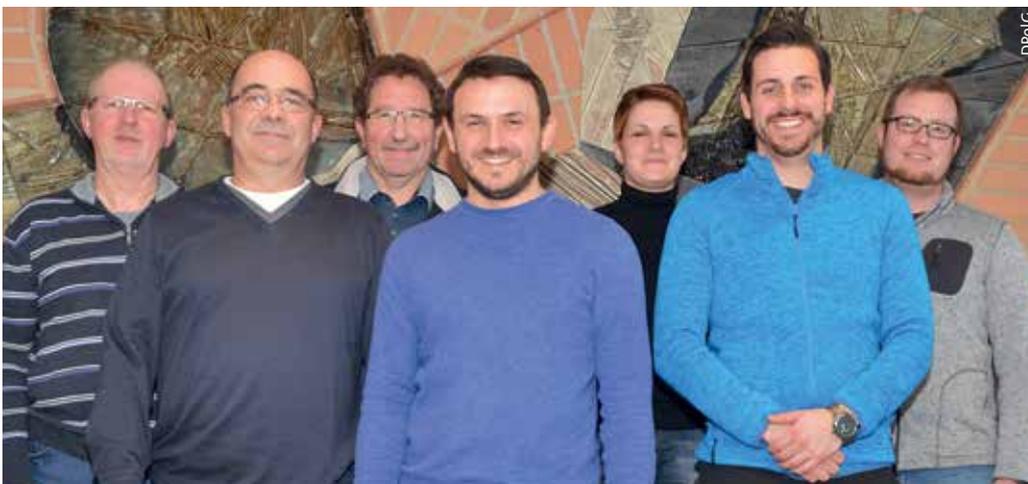
bekante Beschuldigte: „Ihr könnt mir gar nichts.“

Da hat der die Rechnung aber ohne das Amtsgericht Kandel gemacht. Der Richter begründete in seinem Urteil, dass der Tatbestand der Beleidigung erfüllt sei,

weil die Kollegen gezielt mit Blickkontakt angesprochen worden waren und der Adressat der Beleidigung nicht, wie bei einem T-Shirt-Aufdruck, ein nicht klar abgrenzbares Kollektiv war.

Ergebnis: 1 000 Euro Geldstrafe.

Klausurtagung des Landesvorstandes



In den vergangenen Tagen führte der DPoIG-Landesvorstand erstmals eine Klausurtagung durch.

Hierbei wurden die Themen Mitgliedschaft und Personalratswahlen intensiv betrachtet. In diesem Zusammenhang wurden die **Kollegen Angela Gerber und Markus Sehn** zu neuen Mitgliederbeauftragten bestellt. Sie werden sich nun vorrangig um die Belange unserer Mitglieder beziehungsweise derer, die es noch werden wollen, kümmern.

DPoIG – Wir bleiben am Ball!



SZ vom 13. Februar 2016

Junge Union: Saarland braucht mehr Polizisten

Endlich jemand, der es verstanden hat. Wir brauchen endlich mehr Einstellungen. So steht es im Koalitionsvertrag, der noch ein knappes Jahr gültig ist. Es fehlen aktuell fast 40 Anwärter! Hoffentlich kann sich die JU um Alex Zeyer in der CDU durchsetzen. Es läuft nix unter 100! Bundesländer wie NRW haben kurzfristig von 800 auf 1 100 Neueinstellungen erhöht.

Ab 2017 sogar auf 1 400 Stellen! Selbst unsere Nachbarn in Rheinland-Pfalz wollen auf 500 Neueinstellungen aufstocken. Im Saarland gab's hier bis jetzt gerade mal zehn mehr!

Dabei bauen wir jedes Jahr mehr Stellen ab als auf (insgesamt minus 300). Da klingt es eher befremdend, wenn vonseiten des Koalitionspartners SPD nun

darauf verwiesen wird, dass aktuell keine Ausstockung von Personal gesehen wird, jedoch im Bereich der POD Kräfte. Das stößt dann schon auf Unverständnis, da mit „unserer“ Begründung, dass die Ausbildung von Polizeibeamten drei Jahre dauert und somit aktuell erst für das Jahr 2020 diese Kollegen/-innen zur Verfügung stehen, argumentiert wird, war-

um aktuell kein Personal erhöht werden sollte!? Das soll nun mal jemand verstehen. In der CDU möchte man nun prüfen und die Ergebnisse der EvaKom abwarten.

Für uns ist und bleibt aber klar: Wir wollen jetzt mehr Personal ... für eine starke Polizei!

Eure JuPo/DPoIG

Deutsche Polizeimeisterschaft im Handball der Frauen



Das Ministerium für Inneres und Sport richtete am 3. März 2016 im Auftrag des Deutschen Sportkuratoriums (DPSK) die Vorrunde in der Gruppe 4 der Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) im Handball der Frauen aus.

Unsere Kolleginnen haben sich hierbei deutlich (!) gegen beide Konkurrenten aus Mecklen-

burgvorpommern und Brandenburg durchgesetzt.

Damit hat sich das saarländische Team für die Endrunde der 10. DPM im Handball der Frauen vom 9. bis 13. Mai 2016 in Bad Hersfeld (Hessen) qualifiziert.

An dieser Stelle möchten wir herzlich gratulieren!! Tolle Leistung und tolle Mannschaft! ■

> Wir gratulieren ...

... zum Geburtstag im Monat April

- Berno Scherer (67)
- Erika Wagner geb. Göttert (94)
- Hans Peter Dinger (61)
- Jürgen Hautz (68)
- Hugo Frei (63)
- Alois Schäfer (78)

- Jürgen Brill (61)
- Karl-Heinrich Blass (86)
- Elfriede Sauer-Welde (71)
- Horst Gleser (73)
- Hans-Jürgen Schmidt (73)
- Albert Penner (89)